



2019/18 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/18/ein-bombenbauer-kommt-selten-allein>

Rechtsterrorismus in Großbritannien

Ein Bombenbauer kommt selten allein

Von **Helge Petersen**

Vor 20 Jahren verübte ein Neonazi in London eine Serie tödlicher Anschläge. Der britische Rechtsterrorismus bleibt eine Gefahr.

Drei unscheinbare Gedenktafeln an den Tatorten erinnern an die Anschlagsserie, die London wochenlang in Atem hielt. Zwischen dem 17. und 30. April 1999 zündete der damals 22jährige Neonazi David Copeland drei Nagelbomben, eine auf der Electric Avenue in Brixton, eine auf der Brick Lane in Spitalfields und eine im Admiral Duncan Pub in Soho. Dabei verletzte er 140 Menschen und ermordete die drei Kneipengäste John Light, Nick Moore und Andrea Dykes, die im vierten Monat schwanger war.

Bereits die Wahl der Anschlagziele ließ auf ein rechtsextremes Motiv schließen. Seit den fünfziger Jahren hatten sich die Wohngebiete in Brixton und im Umfeld der Brick Lane zu Zentren der afrokaribischen und bengalischen Einwanderung entwickelt, der Admiral Duncan Pub ist ein wichtiger Treffpunkt der Londoner Schwulen- und Lesbenszene. Nachdem der Täter auf Videobildern identifiziert und kurz nach dem letzten Anschlag festgenommen worden war, bestand kein Zweifel mehr an seinen politischen Absichten. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand die Polizei Hakenkreuzfahnen, Bilder von Adolf Hitler und nationalsozialistische Schriften. Im Verhör machte Copeland keinen Hehl aus seinen rassistischen und homophoben Überzeugungen, berichtete von antisemitischen Anschlagsplänen und stellte sich als Teil einer Untergrundbewegung dar, die einen »Rassenkrieg« entfachen wolle. Zudem wurde bekannt, dass er sich bereits mindestens zwei Jahre lang im neonazistischen Milieu engagiert hatte, im Jahr 1997 in der British National Party und ab 1998 als führendes Mitglied im »National Socialist Movement«, einer Gruppe, die sich von der neonazistischen Terrororganisation »Combat 18« abgespalten hatte.

Im Ermittlungs- und Gerichtsverfahren spielten diese politischen Verstrickungen kaum eine Rolle. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft nutzten Copelands Aussage, die Anschläge alleine geplant und ausgeführt zu haben, um das Bild eines isolierten Einzeltäters zu vermitteln. Dies passte zur generellen Ermittlungsstrategie. Damaligen Berichten der antifaschistischen Zeitschrift Searchlight zufolge hatte die Polizei über Jahre Warnungen vor rechtsterroristischen Netzwerken in Großbritannien ignoriert. Auch die Strategie des »führerlosen Widerstands«, die aus dem US-amerikanischen Neonazimilieu stammt und an der sich Copeland orientierte, war den Ermittlern kein Begriff. Entsprechend ging es in dem einjährigen Prozess darum, in dieser

als Einzelfall dargestellten Sache hart durchzugreifen. Der organisatorische und ideologische Nährboden des Rechtsterrorismus spielte keine Rolle. Copelands Verurteilung am 30. Juni 2000 zu sechsfach lebenslänglicher Haft wurde zugleich als Erfolg und Schlussstrich verbucht. Die öffentliche Diskussion über den Rechtsterrorismus ebte schnell ab.

In rechtsextremen Kreisen hat die Bereitschaft zum Straßen- und Bombenterror allerdings nicht abgenommen. In den vergangenen Jahren wurden etliche Attentäter überführt, die sich Copeland und andere Rechtsterroristen zum Vorbild genommen hatten. Zwischen 2008 und 2018 wurden beispielsweise die Neonazis Martyn Gilleard (2008), Neil Lewington (2009), Terrance Gavan (2010), Ryan McGee (2014) und Peter Morgan (2018) jeweils zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt; sie hatten unabhängig voneinander Bomben gebaut und Anschläge geplant. Brisant war auch die Festnahme von Ian und Nicky Davison im Juni 2009, die als Anführer der Neonazigruppe »Aryan Strike Force« mindestens 350 Mitglieder aus verschiedenen Ländern trainiert hatten, Terroranschläge auszuführen.

Im April 2013 ermordete der ukrainische Neonazi Pavlo Lapshyn den 82jährigen Mohammed Saleem in Birmingham auf offener Straße. In den folgenden Wochen zündete er drei Nagelbomben vor Moscheen in Mittelengland, verletzte jedoch niemanden. Im Juni 2016 ermordete Thomas Mair die Labour-Abgeordnete Jo Cox, die für ihre proeuropäische und migrationsfreundliche Politik bekannt war. Dass sich Mair jahrzehntelang im britischen, US-amerikanischen und südafrikanischen Neonazimilieu bewegt hatte, spielten die Behörden herunter. Nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft beschrieb ihn der leitende Ermittler Nick Wallen in einer Stellungnahme als »Einzelgänger im wahrsten Sinne des Wortes«. Im Juni 2017 fuhr Darren Osborne in eine Menschenmenge vor einer Moschee im Londoner Stadtteil Finsbury Park und tötete dabei den 51jährigen Makram Ali. Während des Prozesses wurde bekannt, dass Osborne in den Wochen zuvor im Internet intensiv zu verschiedenen rechtsextremen Gruppen recherchiert hatte.

Peinlich für die britischen Behörden war der Fall der Neonazigruppe »National Action«, die seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hauptsächlich mit antisemitischer und rassistischer Propaganda in Erscheinung getreten ist. Die Gruppe wurde zwar im Dezember 2016 verboten, weil sie den Mord an Cox öffentlich glorifiziert hatte. Die Behörden ignorierten jedoch, dass einige Mitglieder daraufhin in den Untergrund gingen; zwei von ihnen planten die Ermordung der Labour-Abgeordneten Rosie Cooper und der Polizistin Victoria Henderson. Schlimmeres wurde allein deshalb verhindert, weil ein ausstiegswilliges Mitglied im April 2017 die antifaschistische Organisation »Hope not Hate« informierte. Einen vergleichbaren Fall gab es Anfang Dezember 2018, als drei Mitglieder der Neonazigruppe »Sonnenkrieg Division« festgenommen wurden. **Zur Festnahme kam es erst nach der Veröffentlichung einer investigativen Reportage der BBC.**

Seit der Affäre um »National Action« und auch angesichts der jüngsten neonazistischen Anschläge in Pittsburgh in den USA und Christchurch in Neuseeland gibt es bei staatlichen Stellen Anzeichen eines Umdenkens. In einem BBC-Interview im vergangenen August bezeichnete der ehemalige Leiter der Antiterrorereinheit der Metropolitan Police, Mark Rowley, die rechtsterroristische Bedrohung als »sehr bedeutsam und wachsend« und mahnte, die Behörden seien noch nicht »genug auf der Hut«. Im März berichtete Sara Khan, die Leiterin der Antiextremismuskommission der Regierung, der Wochenzeitung Observer von einer erhöhten Alarmbereitschaft in vielen britischen Städten und sagte: »Ich habe erfahren, dass es eine tiefe

Besorgnis über die extreme Rechte und ihren verheerenden Einfluss auf Individuen, Gemeinden und unsere Demokratie gibt.« Im selben Monat gab das Innenministerium bekannt, offizielle Terrorwarnstufen in Zukunft auch für den rechten Terrorismus auszugeben. Bislang war dies auf islamistischen und irisch-separatistischen Terrorismus beschränkt.

Dass die britischen Behörden zu effektiven Ermittlungen gegen rechten Terrorismus in der Lage sind, stellten sie in den vergangenen 20 Jahren zumindest einmal unter Beweis. Nach dem NSU-Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 schickten britische Ermittler der Kölner Polizei einen umfangreichen Bericht, in dem sie auf Parallelen zu Copelands Anschlagsserie aufmerksam machten. Diesen Hinweis ignorierten die deutschen Kollegen bekanntlich.